

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Gerhard Rösl **3** Regionalgeldausgabe in Deutschland – Eine kritische Betrachtung
- Niko Paech **10** Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie
- Harald Spehl **20** Welchen Beitrag zur Regionalentwicklung können Regionalgelder leisten?
- Johann Walter **26** Staatliche Komplementärwährungen: „dritter Weg“ zwischen Geldreform und dezentralen Regionalwährungen?
- Clarita Müller-Plantenberg **38** Solidarische Ökonomie in Brasilien
- Rike Sohn **46** Die solidarische Sozioökonomie der Banco Palmas in Fortaleza/Brasilien
- Norbert Rost **50** Der Homo Oeconomicus – Eine Fiktion der Standardökonomie
- 59** Bücher – Bericht – Personalien – Hinweise
- 75** 43. Mündener Gespräche

Regionalgeldausgabe in Deutschland – Eine kritische Betrachtung

Gerhard Rösli

Mittlerweile hat auch die breite Öffentlichkeit vom Phänomen der Regionalwährungen Kenntnis genommen. Regionalwährungen sind private inoffizielle Gelder, die meist von „Vereinen für nachhaltiges Wirtschaften“ ausgegeben werden und derzeit noch ganz überwiegend in Form von Scheinen zu Nennwerten von 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Regionalgeldeinheiten als lokale Bargeldsubstitute zum Euro umlaufen. Sie besitzen eine eigene Recheneinheit (z.B. „Hallertauer“) und werden in aller Regel gegen Euro in Umlauf gebracht. Fast durchweg entscheidet man sich bei der Ausgabe für einen Wechselkurs von 1:1 zum Euro, um den teilnehmenden Unternehmen eine doppelte Preisauszeichnung und den Kunden ein lästiges Umrechnen zu ersparen. Von der Regionalgeldemission erhofft man sich eine Stärkung der örtlichen Wirtschaft. Zudem will man mit diesen Geldern ein Zeichen gegen die Globalisierung setzen, die vermeintlichen Defizite des herrschenden Geldsystems aufzeigen sowie die regionale Solidarität stärken.

Derzeit sind mindestens 24 Regionalgelder in Deutschland in Umlauf. Zudem wird in mehr als 50 weiteren Regionen die Einführung von Regionalgeld in absehbarer Zukunft geplant. Dabei ist die Ausgabe von privaten regionalen Geldscheinen in Deutschland keine gänzlich neue Beobachtung.¹ Genau genommen datiert die wohl erste deutsche Regionalgeldemission nach dem zweiten Weltkrieg bereits auf 1993 zurück, als man in Berlin, im Stadtteil Prenzlauer Berg, für zwei Monate die Papierwährung „Knochengeld“ ausgegeben hatte. Dieses lokale Geld war ähnlich wie die nur sehr kurz umlaufende regionale Papierwährung „Phoenix“, die in Arnstadt bei Erfurt 1999 in einer Kleinstserie emittiert wurde, als so genanntes Schwundgeld konstruiert. Diese spezifische Geldform, die heute allen umlaufenden Regionalgeldern zugrunde liegt, geht auf

den deutsch-argentinischen Kaufmann Silvio Gesell (1862–1930) zurück.

Schwundgeld – in der Literatur bekannt auch als Freigeld – ist so konstruiert, dass es nach einem im Voraus bekannten Zeitpfad an Wert verliert. Durch diesen bewusst dem Geldhalter auferlegten Wertschwund soll der Geldbesitzer angehalten werden, seine Geldbestände möglichst zügig wieder auszugeben. In Kombination mit der Beschränkung des Zahlungsmittels allein auf die heimische Region erhofft man sich hier von einer nachhaltigen Förderung der regionalen Wirtschaft.

Gegenwärtig sind die meisten Regionalgelder im deutschsprachigen Raum als Markengeld konstruiert.² Hier muss der Besitzer der Geldscheine zum Werterhalt kleine Klebmarken auf dem Geldschein anbringen, um so die Gültigkeit des Zahlungsmittels für eine bestimmte Zeitperiode (meist 3 Monate) zu sichern. In der Regel kosten die Marken 2-3% des Nennwerts der Scheine pro Quartal und sind gegen offizielle Währung bei der Emissionsstelle zu erwerben. Bei Rücktausch in Landeswährung fallen meist weitere 5% des Nennwerts als Gebühren an.³ Dagegen wird beim Tabellengeld der zeitabhängige Wertschwund, der direkt am Geldschein abgelesen werden kann, über eine Nutzungsgebühr im Voraus finanziert. Als dritte Schwundgeldvariante wird noch das Ablaufgeld ausgegeben. Hier verzichtet man auf einen laufenden Geldschwund. Vielmehr will man allein über eine begrenzte Gültigkeitsdauer der Scheine (bis 1 Jahr) in Kombination mit einer am Ende der Laufzeit drohenden Um- bzw. Rücktauschgebühr die permanente Verausgabung der Gelder sicherstellen.

Die Regionalgeldvereine, die neben der Emission von Geldscheinen für ihre Kunden auch elektronische Giralgeldkonten führen (regionales Buchgeld), kürzen in bestimmten Zeitabständen die

Regionalgeldguthaben ihrer Einleger um einen entsprechenden Prozentsatz und führen diese Bestände dem Ertragskonto des Vereins zu. Auch diese Maßnahme soll die Geldbesitzer anhalten, möglichst schnell ihre Buchgelder auszugeben.

Gegenwärtig am meisten verbreitet ist der erstmals im Jahre 2003 emittierte „Chiemgauer“, der initiiert von Schülern der örtlichen Waldorfschule mit einer derzeitigen Umlaufsumme von gut 250.000 Euro in der Gegend um Prien am Chiemsee zirkuliert (Stand August 2008). Nach Angaben des ausgebenden Chiemgauer Regionalvereins akzeptieren mittlerweile 640 Unternehmen aus unterschiedlichsten Branchen das örtliche Zahlungsmittel, so dass sich sukzessive ein Geldkreislauf etabliert.⁴ Ebenfalls recht erfolgreich sind die Regionalgeldprojekte „VolmeTaler“ im westfälischen Hagen, „Sterntaler“ in Ainring im Berchtesgadener Land sowie der „Urstomtaler“ in Güsen bei Magdeburg mit ebenfalls mehreren Zehntausend Euro Umlaufwert. Die anderen Regionalgeldvereine können hingegen meist nur auf einen Umlaufwert von deutlich weniger als 10.000 Euro verweisen. Der Gesamtumlauf der Regionalwährungen in Deutschland kann gegenwärtig auf einen Eurogegenwert von über einer halben Million beziffert werden. Trotz der Vielfachung der Umlaufsumme der Regionalwährungen in den letzten Jahren bleibt die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Regionalwährungen jedoch weiterhin sehr klein. Dies zeigt schon der einfache Vergleich mit den in Deutschland zirkulierenden offiziellen Bargeldbeständen, die zuletzt rund 180 Mrd. Euro betragen.

Dennoch ist die Dynamik, mit der die Regionalwährungen in Deutschland wachsen, durchaus beachtlich. So hat die Regionalgeldbewegung in Deutschland seit der Einführung des Euro-Bargeldes im Jahre 2001 einen kräftigen Schub bekommen. Dies legt den Schluss nahe, dass diese Entwicklung von der nach wie vor recht ausgeprägten Skepsis der Deutschen gegenüber dem Euro zumindest begünstigt wurde. Eine bloße Interpretation der Regionalgeldinitiativen als allgemeine bürgerliche Bewegung gegenüber der als zu unpersönlich empfundenen Gemeinschaftswährung würde jedoch zu kurz greifen. So ist zum einen die ablehnende Haltung der Deutschen ge-

genüber dem Euro in den vergangenen vier Jahren merklich zurückgegangen.⁵ Zum anderen ist die Regionalgeldbewegung schlichtweg nicht groß genug, um hier von einer breiten gesellschaftlichen Protestbewegung sprechen zu können.

Dass die Regionalwährungen trotz ihrer gesamtwirtschaftlich nur marginalen Bedeutung mittlerweile eine gewisse Aufmerksamkeit in den Medien genießen, ist wohl eher der „Kuriösität“ Regionalgeld und der recht umtriebigen Art der Regionalgeldherausgeber zuzuschreiben. In Bezug auf die Emittenten kann man zwei Gruppen unterscheiden. Die erste – und wenig überraschend auch vergleichsweise erfolgreichere – Gruppe sind diejenigen Initiatoren, die einen eher pragmatischen Ansatz des Währungswettbewerbs auf lokaler Ebene verfolgen. Hier steht der lokale Netzwerkgedanke dominant im Vordergrund. Die Vertreter der eher ideologischen, kapitalismuskritischen Gruppe wollen hingegen – beseelt von einer tiefen Überzeugung, die vermeintlichen Schwachstellen des herrschenden Geldsystems erkannt zu haben – eine „gesunde“ Alternative zum staatlichen Monopolgeld bereitstellen. Schließlich sei das offizielle Geldsystem pervertiert, es sei wie Krebs⁶:

Erstens wirke Geld wie eine Art Pumpe, die das Kapital aus Regionen, in denen es verdient werde, absauge und in Regionen fließen lasse, in denen die derzeit höchste Rendite erzielt werde. Die Kosten dieses unsolidarischen Gewinnstrebens in Form von Arbeitslosigkeit und allgemeinem ökonomischen Niedergang hätten die betroffenen Regionen zu tragen. Viele ostdeutsche Regionen seien hierfür der beste Beweis. Die regionale Begrenzung der Einsetzbarkeit der Regionalgelder solle nun sicherstellen, dass die Kaufkraft vor Ort bliebe. Dies käme auch der Umwelt zugute, da nun wegen der verminderten Transportwege für die verkauften Waren auch die natürlichen Ressourcen geschont würden.

Zweitens sei das von Profitgier und Wachstumszwang getriebene offizielle Geldsystem undemokratisch und unsolidarisch. Ohnehin seien die der parlamentarischen Kontrolle entzogenen Zentralbanken zu weit entfernt von den Nöten und Ängsten der Bürger. Deshalb haben die meisten Regionalgeldinitiativen einen Währungsrat

installiert, der nach demokratischer Entscheidungsfindung nicht nur über die ausgegebene Regionalgeldmenge sondern auch über die aufgelaufenen Geldschöpfungsgewinne entscheidet. Auch können oftmals die Regionalgeldhalter selbst bei Erwerb der Geldscheine entscheiden, welche örtliche Einrichtung einen Teil der „Regionalbankeinnahmen“ erhält.

Drittens würden aufgrund des Zins- und Zinsezinseffektes im herrschenden Geldsystem die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander gehen. Deshalb müsse schon aus sozialen Gründen der Zins als leistungslose Einkunftsart der Kapitalisten im Ansatz bekämpft werden. Ohnehin führe das exponentielle Zinssystem der heutigen Volkswirtschaften notwendigerweise zu einem Zusammenbruch des gesamten Geldsystems. Dies zeige ja schon das theoretische Beispiel des berühmten „Josephspennings“, der zu Christi Geburt angelegt, bereits bei recht niedrigen jährlichen Renditen heute ein Vermögen in Höhe von über 200 massiv-goldenen Erdkugeln erzielte. Da solche überlinear verzinsten Kreditforderungen aber naturgegeben nicht einlösbar seien, wären die schmerzlichen Folgen des traditionellen Zinssystems unweigerlich Krieg und Zerstörung, wie ein Blick in die Menschheitsgeschichte ja immer wieder zeige. Auch deshalb müsse der Zins konsequenterweise abgeschafft werden.

Um dieses Ziel zu verwirklichen, gelte es zunächst die eigentliche Ursache für die Existenz des Zinses in der stofflichen Überlegenheit des Geldes gegenüber „normalen“ Gütern zu erkennen. Denn nach Silvio Gesell⁷ (1862–1930), dem konzeptionellen Urheber dieser Zinstheorie, können die Geldbesitzer (Kapitalisten) den Umstand, dass Geld im Gegensatz zu normalen Gütern keinem Verderb durch Rost, Verwitterung und Fäulnis unterliegt, ausbeuten. Während in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft die Warenbesitzer, Produzenten und damit letztlich auch die Arbeiter faktisch gezwungen sind, ihre produzierten Güter am Markt wegen des unvermeidlichen Verderbs „ohne jede Rücksicht auf Gewinn und Verlust“ anzubieten, können die Geldbesitzer eben wählen, ob sie das Geld für Güterkäufe ausgeben oder ob sie „Privatgeldvorräte“

in Form von unverzinslichen Bargeldbeständen oder verzinslichen Bankeinlagen halten. Immer dann, wenn nicht alles Geld sofort für Güterkäufe ausgegeben wird, gerät nach Auffassung Gesells der Geldkreislauf in Stocken: Horten einerseits die Geldhalter ihre Bargeldbestände, dann entsteht eine strukturelle Nachfragerücke an den Gütermärkten gefolgt von Arbeitslosigkeit und ökonomischem Niedergang. Legen andererseits die Kapitalisten ihr Geld bei Banken verzinslich an, dann kehren zwar die durch das Sparen dem Markt entzogenen Gelder über die Kreditvergabe der Banken wieder in den Geldkreislauf zurück, doch müssen hierfür nun die Arbeiter, Produzenten und Kaufleute (letztlich überflüssige) Zinszahlungen an die Geldbesitzer leisten. Der Zins sei damit ein Sondergewinn der Kapitalisten, der allein auf die stoffliche Besonderheit des Geldes als unverderbliches Tauschmittel zurückgeführt werden könne. Denn nur aufgrund dieser stofflichen Überlegenheit des Geldes hätten die Geldbesitzer überhaupt die Wahlfreiheit zu entscheiden, ob sie Güterkäufe tätigten oder der Volkswirtschaft durch Kaufabstinz Schaden zufügten. Deshalb sollten die Geldbesitzer von dieser Entscheidungsmöglichkeit befreit⁸ werden, in dem man Geld – wie alle anderen Güter – auch künstlich „rosten“ lässt. Dieser zeitabhängige Werteverzehr geschieht, wie bereits erwähnt, bei den Regionalgeldscheinen meist durch Erhebung einer Geldhaltegebühr in Form von aufzuklebenden Märkchen.

Soweit die konzeptionellen Grundlagen der Schwundgeldbefürworter. Zunächst ist richtig, dass international gehandelte Währungen wie der Euro und der US-Dollar in ihrer Funktion als internationale Tauschmittel die überregionale Kapitalallokation erheblich erleichtern. Wenn sich nun im Zuge des weltweiten Wettbewerbs um internationale Ersparnisse bestimmte Investitionen in heimischen Regionen nicht rentieren, werden sie aus Sicht der Kapitalgeber (und das sind in der Regel die vielen kleinen Sparer) auch nicht finanziert. Dies ist in einer Marktwirtschaft gar nichts Ungewöhnliches, ja vielmehr Wünschenswertes. Genauso wie sich vergleichsweise schlechte Produkte am Markt nicht absetzen lassen, sorgt auch hier der „Sanktions-

mechanismus Markt“ für den effizienten Einsatz der Ressourcen. Will man mit den Mitteln der Strukturpolitik dennoch die Investitionstätigkeit in den betroffenen Regionen ankurbeln, so sind marktkonforme Eingriffe, wie der konsequente Abbau bürokratischer Hindernisse und die Senkung von Unternehmenssteuern ein probates Mittel als die künstliche Bindung der Ersparnisse an die Region durch faktische Kapitalverkehrsbeschränkungen.

Dem Vorwurf der Schwundgeldbefürworter, das Geldsystem in Deutschland sei unsolidarisch mit strukturschwachen Regionen, kann entgegen gehalten werden, dass sich aller praktischen Erfahrung zufolge mit Hilfe der Geldpolitik keine realwirtschaftlichen Strukturprobleme lösen lassen. Von kurzfristigen konjunkturellen Strohfeuern abgesehen kann die Notenbank allein Einfluss auf die Inflation in ihrem Währungsraum nehmen. Inflation als Mittel der Strukturpolitik ist jedoch in jedem Falle schädlich, da hierdurch die für die Funktionsfähigkeit von arbeitsteiligen Volkswirtschaften so überaus wichtige Lenkungs- und Signalfunktion der relativen Preise gestört wird. Zudem wäre eine inflationäre Strukturpolitik zutiefst unsozial, da die Umverteilungswirkungen der Inflation vor allem die Bezieher kleiner Einkommen treffen. Gerade deshalb hat man mittlerweile in allen Industrieländern die Steuerung der Geldproduktion auf unabhängige Notenbanken übertragen, deren vornehmstes Ziel die Gewährleistung von Preisstabilität ist.

Geradezu grotesk ist die gesellianische Interpretation des Zinses als einen letztlich von den Arbeitern finanzierten Sondergewinn der Geldbesitzer (Kapitalisten), der seinen Ursprung findet in der stofflichen Überlegenheit des Geldes gegenüber verderblichen Waren und dem Wunsch der Geldbesitzer, diesen Umstand auszubeuten. Hier soll die Anmerkung genügen, dass der Zins in einer Volkswirtschaft schon allein deshalb seinen Ursprung nicht in der stofflichen Überlegenheit des Geldes haben kann, da es einen Zins als Leihgebühr für die zeitlich befristete Überlassung einer Ressource auch in einer reinen, geldlosen Tauschwirtschaft gibt. Ernst genommen werden sollte hingegen die Sorge, dass ein

überlineares Finanzierungssystem Instabilitäten in sich bergen kann. Dies gilt jedoch nur für entsprechend lange Laufzeiten der Kreditverträge. So wäre in der Tat der vor 2006 Jahren angelegte „Josephspfennig“ bei einem Zinssatz von 4 % p.a. heute in Euro gerechnet $7,5 \cdot 10^{31}$ Euro wert. Bei einer Masse der Erdkugel von rund $2,09 \cdot 10^{25}$ kg und einem Goldpreis von 14.800 Euro pro kg ergäbe dies ein utopisches, weil von keinem Kapitalnehmer finanzierbares Vermögen in Höhe von fast 244 goldenen Erdkugeln.⁹ Auch wenn die obige mathematische Rechnung in der Tat die Grenzen eines auf zinseszinsbasierten Kreditsystems aufzeigt, so bleiben Mittelaufnahmen mit einem kurzen Zeithorizont weiterhin finanzierbar.¹⁰ Ohnehin sind die Kredite in den heutigen Volkswirtschaften meist auf unter 30 Jahre terminiert und haben eine lineare Verzinsung, so dass sich das Problem der Instabilität in der Praxis nicht stellt.

Dies gilt auch für die Überlegungen Gesells hinsichtlich des Hortens von Geldbeständen und die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Zwar sind diese Befürchtungen in der Literatur durchaus ernst genommen worden.¹¹ Praktische Relevanz erfahren sie jedoch nur in einem (zumindest drohenden) deflationären Umfeld. Für Länder wie Deutschland, Österreich und die Schweiz, die neuerdings eine Reihe von privaten Schwundgeldemissionen erleben, ist eine solche Situation jedoch nicht gegeben. Vielmehr realisieren diese Länder seit Jahrzehnten stabile Preise oder moderate Inflationsraten. Sparen in Form von Geld ist hier vergleichsweise unrentabel, da einerseits über die Inflation der Realwert der Banknoten im Zeitablauf sinkt (negative Verzinsung) und andererseits die ebenfalls zur Geldmenge zählenden Bankeinlagen der privaten Haushalte und Unternehmen in der Regel nicht mehr als einen Inflationsausgleich bieten (praktische reale Nullverzinsung). Eine Geldzinsinduzierte Nachfragerückgang ist für diese Länder jedenfalls nicht nachweisbar.

Doch selbst wenn durch Horten (sei es aus Spar-, Vorsichts- oder Spekulationsgründen) tatsächlich eine Nachfragerückgang am Gütermarkt entstünde, so wäre die Belegung der Geldbe-

stände mit einer konstanten Schwundrate zur Bekämpfung der Geldhortens kritisch zu sehen. Denn auf diese Weise lässt sich eine anhaltende Erhöhung der monetären Gesamtnachfrage (Produkt aus Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes) nicht erreichen. Zwar steigt in einem solchen Schwundgeldsystem tatsächlich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes¹², dafür nimmt aber in entsprechendem Umfang die Geldmenge wegen der vergleichsweise hohen Geldhaltungskosten ab, so dass kein anhaltend stimulierender Gesamteffekt auf die Güternachfrage zu erwarten ist. Denn dies gelänge nur, wenn analog wie bei der Finanzierung von staatlichen Ausgabenprogrammen über eine inflatorische Geldmengenexpansion der Geldschwund-bedingte Kaufkraftverlust von den Geldhaltern im Vorgriff nicht antizipiert werden würde. Die umfangreiche empirische Erfahrung zeigt jedoch, dass diese Annahme nicht haltbar ist.

Auch die erhoffte nachhaltige Regionalförderung durch die künstliche Beschränkung der Regionalgelder auf die Region erweist sich als nicht stichhaltig. Ein solches, letztlich bewusst auf regionale Abschottung zielendes System behindert den überregionalen Handel, ohne den sich eine Region nicht weiterentwickeln kann. Zudem schädigt man durch Abschottung nicht nur sich selbst, sondern auch den potenziellen Handelspartner, dem man ebenfalls Wachstumschancen nimmt. Der ökonomische Grund hierfür liegt im beiderseitigen Verzicht auf eine an komparativen Vorteilen orientierte überregionale Arbeitsteilung und auf integrierte Absatzmärkte, die großvolumiger sind als die Summe der regionalen Einzelmärkte. An dieser Einschätzung ändern auch Berichte¹³ über Umsatzsteigerungen von Unternehmen, die am Regionalgeldsystem teilnehmen, nichts. Denn will man den wirtschaftlichen Gesamteffekt aus der Regionalgeldemission errechnen, müssen diese Umsatzzuwächse mit den abwanderungsbedingten (unbekannten) Umsatzverlusten derjenigen Unternehmen verrechnet werden, die nicht an diesem regionalen Zahlungssystem teilnehmen. Nun kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass eine solche Saldierung kurzfristig einen positiven Gesamteffekt für die Region ausweise. Denn

unstrittig ist, dass die Regionalgelder einen gewissen Werbeeffect für die Region insgesamt generieren. Dieser liegt aber nicht originär in der (Schwund-) Geldeigenschaft dieser lokalen Zahlungsmittel, sondern vielmehr im Kuriosum, dass in Zeiten der fortschreitenden Internationalisierung des Geldsystems eine neue Geldform mit dezidiert regionalem Bezug bereitgestellt wird.

Besonders zu kritisieren sind die umlaufenden Schwundgelder jedoch wegen der überhöhten Geldhaltungskosten. Dies zeigt das folgende Zahlenbeispiel, welches sich an den typischen Daten der am meisten verbreiteten Schwundgeldvariante, dem Markengeld, orientiert. Nehmen wir an, die Geldhalter in einer Gemeinde seien bereit, anstatt Euros Regionalgeld im Wert von 20.000 Euro für ein Jahr zu halten, um mit diesen Scheinen ihre Transaktionen zu bezahlen. Sie tauschen nun das Euro-Bargeld, das sie vorher über das reguläre Bankensystem beim Eurosystem zum Satz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte (2 %, oder 400 Euro) gekauft haben, gegen die gewünschten Regionalgeldscheine bei der Emissionszentrale ein. Diese lege nun die Mittel beim regulären Bankensystem an, wobei sie – vereinfachend angenommen – einen Zinsertrag von 2 % erhalten soll, und die regulären Geschäftsbanken wiederum mögen die erhaltenen Euro-Beträge an die EZB zurückgeben, um ihre ausstehenden Schulden zu tilgen. Durch diesen reinen Tausch an Zahlungsmitteln werden die Regionalgeldverwender freilich nicht zusätzlich belastet. Der Geldschöpfungsgewinn (400 Euro) fließt aber jetzt nicht mehr dem Eurosystem, sondern der Regionalbank zu.¹⁴ Eine zusätzliche Belastung für die Regiogeldhalter stellen allerdings die verschiedenen Formen des Geldschwunds dar. Beträgt der laufende Geldverfall wie beim Markengeld üblich 2 % des Nennwerts pro Quartal kumuliert sich dieser zu 8 % pro Jahr. Bei Rückumtausch in einem Jahr in Euro werden nochmals 5 % des Nennwerts fällig. Den Schwundgeldverwendern verbleiben folglich zusätzliche Kosten der Geldhaltung in Höhe von 13 % des Nennwerts, oder 2.600 Euro pro Jahr. Die Gesamtkosten der Regionalgeldhaltung lassen sich in diesem Beispiel folglich auf 3.000 Euro pro Jahr beziffern. Gegenüber

den Kosten der Haltung offizieller Geldbestände, die sich nach Maßgabe des unterstellten EZB-Hauptrefinanzierungssatzes auf 2% des Nennwerts (400 Euro) belaufen, ist dies eine Steigerung von stattlichen 650%.

Das obige Beispiel abstrahiert aus Vereinfachungsgründen von den Kosten der Geldproduktion. Dies mag die effektive Gewinnsituation der Regionalbank spürbar überzeichnen, zumindest solange sie nur relativ kleine Bargeld-Denominationen veräußert, deren Produktionskosten im Vergleich zum Nennwert relativ hoch sind. An der grundsätzlichen Einschätzung, dass Schwundgelder teuer sind, ändert dies jedoch nicht das Geringste. Denn ein solcher Aufwandsposten reduziert nur den Nettogewinn der Regionalbank, nicht aber deren Einkünfte. Aus Sicht der Geldhalter, entsprechen aber gerade die Erträge und nicht die Gewinne der Emissionsbanken den zu finanzierenden Geldhaltungskosten. Ob die Regionalbank mit diesen Einkünften Druckkosten bezahlt oder andere Ausgaben tätigt, ist letztlich unerheblich. Die Kosten tragen die Regionalgeldhalter. Da mag es auch nur wenig trösten, dass die Regionalgeldvereine in der Regel einen Teil ihrer Geldschöpfungsgewinne an örtliche Vereine und soziale Einrichtungen spenden. Vor dem Hintergrund der relativ hohen Geldhaltungskosten überrascht es jedenfalls nicht, dass der überwiegende Teil der Schwundgelder in Gegenden umläuft, die gemessen an den regionalen Arbeitslosenquoten relativ strukturstark sind. Offenbar kann man sich dort den „Luxus“ Schwundgeld eher leisten als in vergleichsweise wirtschaftlich weniger potenten Gebieten.

Aber warum nehmen die Regionalgeldhalter überhaupt an einem solchen Schwundgeldsystem teil? Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Zum einen bieten diese Geldscheine ihren Besitzern die Möglichkeit, sich demonstrativ zur Region zu bekennen und ein Zeichen gegen die Globalisierung zu setzen („Geld der Anti-Globalisierer“¹⁵). Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung sind es jedenfalls „immer die gleichen“, die mit Regionalwährungen bezahlen.¹⁶ Auch dürfte die oftmals mit dem Kauf der Regionalgelder einhergehende Spende an örtliche soziale Einrich-

tungen und Vereine für die Geldhalter einen gewissen Prestigegewinn darstellen. Im Gegensatz zu anderen Formen des Spendens (z.B. Spendenpartys), bei denen die Teilnehmer in ähnlicher Weise nicht nur das überteuerte Produkt selbst, sondern gleichzeitig auch die Aufmerksamkeit anderer „kaufen“, kann im Falle der Regionalwährungen der Geldhalter selbst wählen, wann und wo er die empfundene soziale Anerkennung durch die Bezahlung mit Regionalgeld erhält.

Auch kann man nicht ausschließen, dass sich die Schwundgeldverwender ihrer relativ hohen Geldhaltungskosten zumindest zum Teil nicht bewusst sind. So wird ihnen von Seiten der Emittenten nahe gelegt, dass man den Schwundkosten ja leicht entgehen kann, wenn man das Geld einfach zügig wieder ausgibt, und den Unternehmen verspricht man wegen des schwundbedingten schnellen Umlaufs dieser Währung höhere Umsätze und Gewinne. Dies alles ändert aber am Umstand, dass die Geldhalter am Ende die Rechnung zahlen, überhaupt nichts. Zudem sei erwähnt, dass ein gestiegener Umsatz seitens der Unternehmen nicht ohne weiteres mit einem Zuwachs der regionalen Wertschöpfung gleichgesetzt werden kann. Werden nämlich Geldhalter aufgrund des drohenden Geldschwunds faktisch dazu gezwungen, Güter zu kaufen, die sie eigentlich gar nicht haben wollen, deren Nutzen aber immernoch höher ist, als der Verlust aus dem Wertschwund, werden sie diese Transaktion tätigen. Damit steigt zwar der Umsatz bei den Unternehmen, aber die Versorgung der Bürger in der Region mit gewünschten Gütern ist suboptimal.

Allerdings kann man sich durchaus vorstellen, dass, solange der jeweilige individuell gehaltene Regionalgeldbestand keine substantiellen Größenordnungen erreicht, von einigen diese Kosten allein schon wegen des Spaßes, einmal mit Regionalgeld gezahlt zu haben, gerne getragen werden. Dies dürfte insbesondere für Touristen gelten. So überrascht es nicht, dass gerade im Voralpenland mit dem Chiemgauer und dem Sterntaler zwei – gemessen am Umlaufwert – relative erfolgreiche Regionalgelder zirkulieren. Insgesamt bleiben zunächst ja die Kosten der Geldhaltung für den Einzelnen in Absolutwerten gemessen durchaus überschaubar, wengleich sie

in Prozent zum Nennwert gerechnet, nach wie vor als sehr teuer zu bezeichnen sind.

Zudem dürften einige Regionalgeldbesitzer auch ohne große ausgeprägte kapitalismuskritische Grundüberzeugung an die Wirksamkeit der Regionalgelder als Beitrag zur lokalen Wirtschaftsförderung glauben oder zumindest den experimentellen Charakter der Schwundgeldemission für unterstützungswürdig erachten. Auch kann nicht geleugnet werden, dass die soziale Interaktion in der Region durch die Ausgabe von Regionalgeld gefördert werden kann. Solange der empfundene Nutzen der Teilnehmer größer als die Geldhaltungskosten ist, erhöhen Regionalgelder – für sich genommen – sogar die Wohlfahrt in der Region, wenngleich sie nach wie vor als allokativ ineffizient zu bezeichnen sind. Dies bedeutet, dass man zwar durch die Einführung von Regionalgeld im Endeffekt weniger Wachstum und Einkommen hat, da z.B. die überregionale Kapitalallokation durch Komplementärgeld in der Tendenz behindert wird¹⁷, aber die Regionalgeldhalter dafür letztlich zufriedener sind, weil sie durch verstärkte soziale Interaktion nutzentheoretisch gesehen „entschädigt“ werden. So verstanden sind Regionalgelder – ähnlich wie ein Joint – eine spezifische Form des Wellness, wenngleich mit weniger Suchtpotenzial, aber mit ähnlich geringer Aussicht auf langfristigen Erfolg, wenn man das regionale Wirtschaftswachstum als Maßstab wählt.

Aus den genannten Gründen scheint auch auf absehbare Zeit die Nachfrage nach regionalem Geld in Deutschland weiter zuzunehmen. Zurzeit geht im Schnitt etwa alle zwei Monate ein neues Regionalgeldprojekt an den Start. Von Seiten der Anbieter dieser Gelder ist hierbei keine Begrenzung zu erwarten, lässt sich doch auf diese Weise völlig risikolos „Geld verdienen“. Verbleibt die Frage, ob nicht irgendwann die staatlichen Behörden gegen diese Initiativen mit rechtlichen Mitteln vorgehen werden. Denn nach § 35 Bundesbankgesetz ist die Ausgabe von Nebengeld verboten, wenn dieses geeignet ist, im Zahlungsverkehr anstelle von gesetzlichen Zahlungsmitteln verwendet zu werden. Aus ökonomischer Sicht stellen diese Regionalgeldemissionen jedenfalls auf absehbare Zeit keine

Bedrohung für die erfolgreiche Funktionsfähigkeit der Geldpolitik des Eurosystems dar. Ohnehin sollten freien Bürgern die Wahl ihrer Zahlungsmittel nicht von staatlicher Stelle vorge-schrieben werden. Vielmehr sollte im Sinne des Ökonomen und Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek der Währungswettbewerb darüber entscheiden, welches Zahlungsmittel sich in einer Region behauptet und welches nicht.

Anmerkungen

- 1 Die Regionalwährungen dürfen nicht mit Tauschringgeldern, die als Verrechnungsforderungen in nicht-gewerblichen Tauschverbänden zirkulieren, verwechselt werden. Vgl. hierzu Gerhard Rösli, Regionalwährungen in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 85, Heft 3, 2005, Seiten 182-190.
- 2 Vgl. Gerhard Rösli, Regionalwährungen in Deutschland – Regionale Konkurrenz für den Euro?, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Diskussionspapier Reihe 1: Volkswirtschaftliche Studien, Nr. 43/2006 und Gerhard Rösli, Inoffizielle Parallelgeldschöpfung in Europa, in: Michler, A. und H. Thieme (Hrsg.), Systeme monetärer Steuerung – Analysen und Vergleich geldpolitischer Strategien, Bd. 86, 2007, S. 315-334.
- 3 Nach einer Mitteilung der Chiemgauer-Initiative sieht man bei den Markengeldscheinen am Ende der Gesamtlaufzeit der Noten (meist 1 Jahr) von einer Umtauschgebühr in neue Regionalgeldscheine meist ab.
- 4 Vgl. www.chiemgauer.info.
- 5 Vgl. z.B. European Commission, Flash Eurobarometer, The euro, 4 years after the introduction of banknotes and coins, 2005.
- 6 Vgl. z.B. Süddeutsche Zeitung vom 18.12.2006, Die Globalisierungsverweigerer, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/artikel/556/95461/print.html>.
- 7 Vgl. Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 1949, Lauf bei Nürnberg, S. 181 ff. und S. 235 ff.. Erste Ausführungen Gesells datieren bereits auf 1911 zurück. Vgl. Silvio Gesell, Die neue Lehre vom Geld und Zins, Berlin, 1911.
- 8 Aus diesem Grunde spricht Gesell auch von Freigeld. Vgl. Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 1949, Lauf bei Nürnberg. S. 235 ff.
- 9 Die Berechnung unterstellt, dass der Josephspfennig vor der Europäischen Währungsunion als Untereinheit der DM angelegt wurde, weshalb um den Faktor 1,95583 korrigiert wurde. Vgl. auch Jürgen Tietze, Einführung in die Finanzmathematik, Wiesbaden 2004, S. 53.
- 10 Es wird sich in der Realität wohl auch kein Kreditnehmer finden, der einen Kredit mit einer Laufzeit von 2006 Jahren aufnimmt und falls doch, werden seine Nachkommen mit Sicherheit die vererbten Schulden ausschlagen.
- 11 Vgl. z.B. John Maynard Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936 und Irving Fisher, Stamp Scrip, New York 1933, sowie Buiter, Willem H. (2005), Overcoming the zero bound on nominal interest rates: Gesell's currency carry tax vs. Eisler's parallel virtual currency, in: International Economics and Economic Policy, Vol. 2, No 2-3, S. 189-200.
- 12 Vgl. die empirischen Untersuchungen von Joel W. Harper, Scrip and Other Forms of Local Money, Chicago 1948.
- 13 Vgl. www.chiemgauer.info.
- 14 Zentral ist hierbei die Annahme der Währungssubstitution. Wäre dagegen die Emission der Regios nicht von einer großengleichen Reduktion des Euroumlafs begleitet, ginge der Seigniorage des Eurosystems natürlich nicht (so stark) zurück.
- 15 Die Zeit vom 5.8.2004.
- 16 Süddeutsche Zeitung vom 9.6.2005.
- 17 Zum Beispiel weil die regionalen Sparer auf höhere überregionale Renditen verzichten.